

Schuldenkrise dämpft Konjunkturerholung

Die deutsche Wirtschaft hat im ersten Quartal dieses Jahres trotz des strengen Winters und des Rückgangs beim Konsum nach dem Auslaufen der Abwrackprämie weiter leicht zugelegt. Im Vergleich zum Vorjahr, als die Krise ihren Tiefpunkt erreicht hatte, war das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 1,7 % höher; allerdings war es noch um fast 5 % niedriger als Anfang 2008 vor dem Einbruch. Unter diesen Bedingungen entwickelte sich der Arbeitsmarkt relativ günstig. Die Beschäftigung, die auch während der Krise vor allem dank der Kurzarbeitsregelung nur wenig gesunken war und wo deshalb noch Anpassungsbedarf befürchtet worden war, nahm geringfügig zu und die Zahl der Arbeitslosen ging merklich zurück, wobei aber auch Sondereffekte eine Rolle spielten. *Von Michael Bräuninger und Jörg Hinze*

Für das zweite Quartal zeichnet sich eine deutliche Zunahme des realen BIP ab. Die Bautätigkeit wird sich nach dem harten Winter wieder normalisieren und schon deshalb kräftig ausgeweitet werden, zudem werden die im Winter nicht durchgeführten Aufträge nachgeholt. Der private Konsum dürfte wieder zunehmen, auch weil der im ersten Quartal dämpfende Effekt durch die Abwrackprämie wegfällt. Und nicht zuletzt lassen der Anstieg der Auslandsaufträge und die Euroabwertung erhebliche Wachstumsimpulse vom Außenhandel erwarten.

Trotz dieser Erholungstendenzen ist die Konjunktur aber immer noch sehr fragil. Nachdem die Probleme an den Finanzmärkten allmählich unter Kontrolle schienen, hat die Verschuldungskrise aufs Neue gezeigt, dass nicht davon ausgegangen

werden kann, dass die Finanzkrise überwunden ist. Die Perspektiven für die weitere konjunkturelle Entwicklung haben sich so wieder eingetrübt. Das belastet im Moment insbesondere die Eurozone. Um den Euro zu stabilisieren, scheint ein früherer Exit aus der expansiven Finanzpolitik erforderlich als es der Konjunktur gut tut, selbst in Deutschland.

Auf kürzere Sicht werden die deutschen Exporteure zwar von der Abwertung des Euro profitieren. Auf mittlere Sicht werden aber die Sparprogramme in vielen europäischen Ländern deren Erholung und über die engen Außenhandelsbeziehungen auch die in den anderen Ländern dämpfen. Angesichts der gedrückten Erwartungen für Europa wird noch wichtiger, dass die weiter vorangeschrittene Erholung in anderen Teilen der Welt, wie in den Schwel-

lenländern, allen voran China, und auch in den USA, anhält und die europäische Wirtschaft mitzieht.

Für die weitere binnenwirtschaftliche Entwicklung bleibt vor allem die Entwicklung am Arbeitsmarkt von Bedeutung, denn davon hängt maßgeblich der private Konsum ab. Die bislang über Erwartung günstige Beschäftigungsentwicklung lässt hoffen, dass die Unternehmen ihre Belegschaften zu halten bestrebt sind. Allerdings besteht nach wie vor Anpassungsbedarf, der sich bei konjunkturellen Rückschlägen, wie sie für Europa nicht auszuschließen sind, verstärken könnte. Nach der teils „technischen“ kräftigen Erholung im zweiten Quartal dürfte die weitere Aufwärtsbewegung, insbesondere seitens der inländischen Nachfrageaggregate, weniger dynamisch vorangehen. Die Exporte hingegen werden, zumal sich die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Anbieter durch die Euroabwertung erhöht hat, zunächst weiter merklich zunehmen. Alles in allem dürfte das reale BIP im Jahr 2010 um rund 1 ½ % gegenüber 2009 wachsen.

Für 2011 zeichnet sich eine Fortsetzung des Erholungsprozesses ab, allerdings wird das Tempo angesichts des Auslaufens von Konjunkturprogrammen und wegen der Sparmaßnahmen in vielen Ländern gering sein. Das reale BIP wird im Jahresdurchschnitt 2011 kaum stärker zunehmen als in diesem Jahr. Die Beschäftigung dürfte wegen der bestehenden Reserven allenfalls geringfügig ausgeweitet werden. Die Zahl der Arbeitslosen wird bei sinkendem Erwerbspersonenpotenzial etwas zurückgehen. Der Preisauftrieb wird angesichts gestiegener Rohstoffpreise und der Ein-

Eckdaten der Konjunkturprognose für Deutschland
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

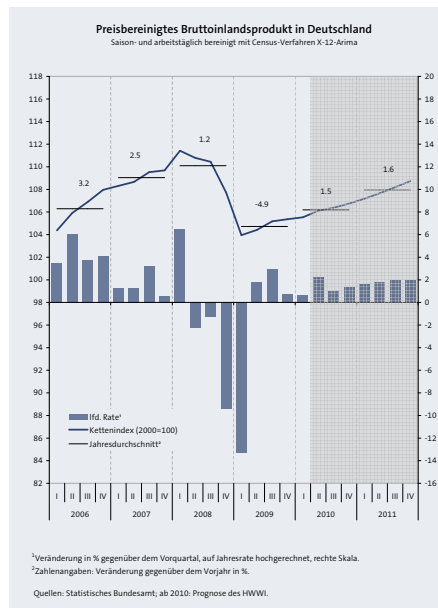
	2007	2008	2009	2010	2011
Bruttoinlandsprodukt ¹	2,5	1,3	-4,9	1,5	1,6
Private Konsumausgaben	-0,3	0,4	-0,1	-1,1	0,9
Konsumausgaben des Staates	1,7	2,0	3,4	1,6	-0,9
Anlageinvestitionen	5,0	3,1	-9,0	0,9	2,4
Ausrüstungen	11,0	3,3	-20,5	2,0	4,4
Bauten	0,0	2,6	-1,1	-0,5	0,3
Sonstige Anlagen	6,5	5,3	4,9	4,8	4,9
Inlandsnachfrage	1,0	1,7	-2,1	0,1	0,6
Ausfuhr	7,5	2,9	-14,5	8,7	7,2
Einfuhr	4,8	4,3	-9,5	5,8	5,6
Arbeitsmarkt					
Erwerbstätige	1,7	1,4	0,0	0,0	0,1
Arbeitslose (Mill. Personen)	3,78	3,27	3,42	3,27	3,16
Arbeitslosenquote ² (in %)	8,7	7,5	7,9	7,5	7,3
Verbraucherpreise (in %)	2,3	2,6	0,4	1,0	1,5
Finanzierungssaldo des Staates (in % des BIP)	0,2	0,0	-3,1	-4,9	-4,3
Leistungsbilanzsaldo ³ (in % des BIP)	7,6	6,7	4,9	6,6	7,4

¹ Preisbereinigt. – ² Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept). – ³ In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; Bundesagentur für Arbeit; 2010 und 2011: Prognose des HWWI

fuhrverteuerung wegen der Euroabwertung leicht anziehen, bei nur langsam wachsender Nachfrage und noch unterausgelasteten Kapazitäten aber unterhalb der Stabilitätsmarke von 2 % bleiben.

Bei dieser Wirtschaftsentwicklung wird die gesamtwirtschaftliche Produktion auch Ende 2011 noch um 2 ½ % unter dem letzten konjunkturellen Höhepunkt Anfang 2008 liegen. Die Risiken für eine ungünstigere Entwicklung, als hier beschrieben, sind mindestens so hoch einzuschätzen, wie die Chancen für eine bessere. Zum einen könnte durch die Schuldenkrise und ihre Auswirkungen die konjunkturelle Erholung in Europa stärker gedämpft werden bis hin zum Rückfall in eine Rezession. Aber selbst eine Lösung der aktuellen Schulden- und Währungsfrage in Europa beinhaltet kaum überschaubare Risiken. Es stellt sich dann die Frage, wie andere Länder, insbesondere die USA, anschließend dastehen. Würde dann deren Schuldensituation stärker in den Blickpunkt rücken, könnten auch dort zusätzliche, die Konjunktur gefährdende Sparmaßnahmen erforderlich werden und / oder neue Währungsturbulenzen zwischen Euro und Dollar – dann in die andere Richtung – auftreten. Die Chancen liegen in einer stärker als erwarteten globalen Erholung, die auch die Schuldenproblematik lindern helfen würde.

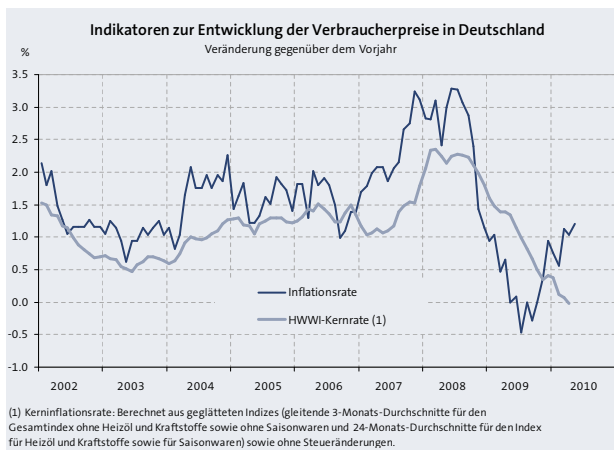
Die in der Krise ergriffenen Stützungsmaßnahmen haben zwar zunächst zur Stabilisierung der Wirtschaft beigetragen, sie haben aber zugleich die Staatsverschuldung



kräftig erhöht. Der bisherige Erholungsprozess ist noch nicht selbsttragend und die Gefahr von Rückschlägen keinesfalls gebannt. Die Wirtschaft müsste daher zunächst weiter durch eine aktive Konjunkturpolitik gestützt werden. Stattdessen erzwingen die Märkte nun vielfach einen vorzeitigen Ausstieg aus der Schuldenstrategie. Wenn dies ohne neue Verwerfungen, seien es innenpolitische Unruhen in manchen Ländern oder an den Devisenmärkten, geschehen soll, ist eine international abgestimmte Exit-Strategie erforderlich.

Die Geldpolitik muss nicht nur etwaige aufkeimenden Inflationserwartungen entgegen wirken. Die Europäische Zentralbank darf nicht in den Verdacht geraten, Staatsschulden durch Geldvermehrung zu stützen. Die Fiskalpolitik muss glaubwürdig auf mittlere Sicht auf die Konsolidierung

der Staatsfinanzen ausgerichtet werden. Die Haushaltssanierung darf kurzfristig nicht die Erholung übermäßig belasten, sie ist aber auch wichtig, um nicht dauerhaft zum Wachstumshindernis zu werden. Je besser / schlechter diese Gratwanderung gelingt, umso geringer / höher sind die Rückschlagsgefahren für die Konjunktur.



Die Türkei: geopolitisches Schwergewicht im Nahen Osten für die transatlantischen Beziehungen

Transatlantic Academy 2010 legt Jahresbericht zur Zukunft der Türkei und ihrer Rolle als regionale Führungsmacht und Mittlerin im Nahen Osten vor

Ob die Türkei in die Europäische Union (EU) gehört, wird lange und kontrovers diskutiert. Wo steht die Türkei und welche Beziehungen pflegt sie mit ihren Nachbarn im Westen (USA und EU), im Norden (Russland), im Osten (Armenien, Irak und Iran) und im Süden (Syrien)? Diese Fragen standen im Zentrum des Programms „Die Türkei und ihre Nachbarn: Implikationen für die transatlantischen Beziehungen“ der Transatlantic Academy in Washington, DC.

Aus deutscher Sicht ist die Frage nach der EU-Mitgliedschaft der Türkei herausragend. Die am 3. Oktober 2005 begonnenen offiziellen Beitrittsverhandlungen sind schwierig und verlaufen zäh. Von insgesamt 35 Themen wurden in fünf Jahren gerade einmal 12 in Angriff genommen und ein einziges erfolgreich abgeschlossen (Wissenschaft und Forschung). Frankreich und insbesondere Präsident Nicolas Sarkozy sind sehr skeptisch und lehnen eine EU-Mitgliedschaft der Türkei ab. In Deutschland ist die öffentliche Meinung eher ablehnend. Die offizielle Position schwankt zwischen einer privilegierten Partnerschaft, einer privilegierten Beziehung und einem EU-Beitritt mit vielen Ausnahmen und langen Übergangsfristen.

Die Fellows der Transatlantic Academy legen nun ihren Abschlussbericht unter der Überschrift „Getting to Zero: Turkey, its Neighbors and the West“ vor. Er skizziert die Beziehungen der Türkei zu ihren Nachbarn, analysiert die unterschiedlichen Interessen und zeigt Handlungsoptionen auf. Den Abschlussbericht sowie ausführliche Informationen über die Transatlantic Academy finden Sie im Internet unter: www.transatlanticacademy.org.